

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einl. Postbefreiungsb. Nur Postbezug, Erscheinungsort: Dienstadt, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. August 1921

Anzeigenpreis: Berichts-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die übrigen halbe Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 89

Ende und Beginn

I.

Die explosiven Geschehnisse in diesem Jahr auf tariflichem Gebiete gehen sämtlich auf ein und dieselbe Wurzel zurück: die notorische Unfähigkeit der Prinzipalität zu der Einsicht, daß die Buchdrucker und damit auch die Hilfsarbeiter in Verhältnisse zur herrschenden Verteuerung wie zum Lohnstande der meisten andern Arbeiter zu niedrig, nach dem Maße der von ihnen verlangten geistigen Fähigkeiten sogar viel zu gering bezahlt werden. Es ist ein bängliches Zagen und Zaudern, nur ja nicht dem gegebenen Zeitbedürfnisse zu genügen. Wenn denn heute bei Verhandlungen wirklich einmal eine ausreichendere Bewilligung den Gehilfenvertretern zugestanden werden würde, könnte morgen schließlich ja der lange erwartete, uns im Beratungszimmer schon so oft verheißene Preisrückgang eintreten. Eine Seidenangst, ausgehend von der Provinz und in der Großstadt unterschiedlich von kleinen und Großen gehegt, einmal zuviel zu tun, wo aber nachweisbar in den vier ersten Monaten bei den notwendigen Ausgaben allein für Lebensmittel sich schon ein Defizit von 1767,44 Mk. im Lohn ergab, also viel zu wenig geschieht. Unsere Prinzipale können ihre scheinbare oder ihre tatsächliche Unbeschlagenheit auf volkswirtschaftlichem Gebiete nicht entschuldigen mit Unkenntnis der Dinge, weil sie ja zum Teil die Herren der siebenten Großmacht sind und in ihren Vätern je nach der Parteifarbung die Lehren der *„Kor.“* über die *„Kor.“* gelernt haben; zum andern aber der *„Kor.“* es nicht unterläßt, ihnen den Abstand zwischen Lohnstand und Lohnsoll deutlich aufzuzeigen. Stattfäden und Surentafeln von Gehilfenseite haben aber für sie nie Wert, wenn die Reichsindexziffern indes einen nur teilweisen Rückgang nachweisen, dann wird alles andere nicht gesehen und mit dem Teilergebnis wie mit einem Schalp triumphiert.

Von den vierwöchigen Verhandlungen im Oktober und November 1920 zur Schaffung eines neuen Tarifs gingen neun Tage zur Festsetzung einer weiteren Steuerungszulage darauf, die nur 10, 15 und 20 Mk. ausmachte, aber in ihrer Differenzierung leblich den drei tariflichen Altersklassen angepaßt war. Der schon zusammentretende Schlichtungsausschuß des Reichsarbeitsministeriums brauchte nicht in Aktion zu treten. Die Geingsfähigkeit der neuen Steuerungszulage verursachte allenthalben Proteste. Die *„Zeitschrift“* fand sich ganz neutral mit dem Ergebnis ab, obwohl der neue Tarif gemäß der Prinzipalvorsorge doch recht anders aussehen sollte. Daß bei der Abstimmung in der Gehilfen- und in der Hilfsarbeiterchaft 24257 Stimmen (40259 für) bzw. 10444 (19964 für) gegen den neuen Tarif abgegeben wurden, ist in erster Linie auf die ganz unzulängliche Steuerungszulage zurückzuführen gewesen. Die Zahl der prinzipiellen Tarifgemeinschaftsgegner muß viel geringer angelegt werden. Auf jeden Fall hat aber die Prinzipalität, der Provinz zu sehr nachgebend, unter den Gehilfen mit ihrer Zugehörigkeit in materiellen Punkten der Tarifgemeinschaft keine neuen Anhänger gewonnen.

Dann kam der Kampf zur Erzwingung früherer Verhandlungen als Ende März 1921, bei dem die Prinzipalität zunächst großen Widerstand entwickelte, den sie dann aber unter dem von Gehilfenseite kommenden Druck, der im *„Kor.“* stark in die Erscheinung trat, aufgab und so dem Tarifamt das Recht zuerkannte, den Tarifausschuß einzuberufen, wenn das auch nur den Intentionen einer Partei entspricht.

Im Februar waren dann in Leipzig sechs Tage notwendig, einschließlich der in Berlin vor dem Reichsarbeitsministerium geführten Einigungsverhandlung, um in der Hauptsache zu einer monatlichen Wirtschaftsbeihilfe von 130, 156 und 165 Mk. zu kommen; die A-Klasse wurde ausgeschaltet, die Abstufung nach Lokalschlägen vorgenommen, und zwar bis 7 1/2 Proz., von über 7 1/2 bis 17 1/2 Proz. und dann 20 und 25 Proz. als Gruppe mit dem höchsten Satz. Jede Partei hatte an dem Schieds-

darüber endgültige Fassung in der mitgeteilten Form und Gültigkeit für Februar, März und April erblickt. Dabei war von Oktober bis einschließlich Januar die Monatslöhner der amtlichen Reichsstatistik (die für eine fünfköpfige Familie nur Ernährung, Beleuchtung, Heizung und Wohnung berücksichtigt) von 827 auf 924 Punkte gestiegen, also um 97. Die *„Zeitschrift“* meinte aber nach den Verhandlungen, die Gehilfenchaft möge sich „der Erkenntnis nicht verschließen, daß es dieses Mal wohl noch gelungen ist, eine Vereinbarung zu treffen, daß aber die Grenze des möglichen überschritten ist.“ Auf Gehilfenseite verursachte der Ausfall der A-Klasse viel Unzufriedenheit. Innerhalb der Prinzipalität aber erhob sich gegen die Wirtschaftsbeihilfe an sich starker Protest, obwohl diese doch nur ganz minimal dem wirklichen Bedürfnisse entsprach.

Interim 11. April gab das Tarifamt bekannt, daß der Tarifausschuß auf dem Wege schriftlicher Abstimmung die (unveränderte) Weiterzahlung der Wirtschaftsbeihilfe auch für Mai, Juni und Juli beschlossen habe. Die Gauvorsteherkonferenz im März hatte die Verbandsleitung beauftragt, auch über den April hinaus für eine nach Maßgabe der Schwierigkeiten in der Lebenshaltung entsprechende Verbesserung der Lage der Gehilfenchaft Sorge zu tragen. Man dachte dabei auch an eine nachträgliche Berücksichtigung der Klasse A. Die Steuerung schien damals eine stärkere rückläufige Bewegung nehmen zu wollen. Die Indexziffern gingen tatsächlich zurück. Die sich glatt vollziehende Verlängerung der Wirtschaftsbeihilfe wurde dabei von der Gehilfenchaft widerstandslos angenommen. In der *„Zeitschrift“* protestierten nur einige *„Kor.“* aus der Provinz gegen die Verlängerung; sie seien im Februar schon überhaupt gegen die Wirtschaftsbeihilfe gewesen. Die verhandlungsförmige Weiterführung der Wirtschaftsbeihilfe war in der Reihe der wahrhaftig nicht erhebenden Vorgänge auf dem Lohngebiet in diesem Jahre das veränderliche Geschehnis. Die Gehilfenchaft hatte im vergangenen Jahre, wo im August erforderlichenfalls neue Tarifausschußverhandlungen stattfinden sollten, schon einmal mit einer Verlängerung der geltenden Steuerungszulage fürlieb genommen, da die Preisverhältnisse bessere Gestaltung zu versprechen schienen. Jedenfalls kann der Gehilfenchaft nicht mangelnde Einsicht vorgeworfen werden.

In den ersten Mailagen trat dann der kleine Tarifausschuß zur Neuregelung der Lokalschläge zusammen, die lange genug durch Nichtfertigkeit der amtlichen Ortsliste verzögert war. Die nun eintretenden materiellen Verbesserungen, zum Teil nicht unbeträchtlicher Art, kamen aber nur einer beschränkten Anzahl von Gehilfen zugute, weil sie sich vornehmlich auf zurückgebliebene Druckorte in der Provinz bezogen. Die Prinzipalität versuchte jedoch eine allgemeine Lohnerhöhung daraus zu machen. Die strikte Widerlegung ergibt sich aus dem Artikel *„Widerprüche“* II in Nr. 84.

In der vorletzten Juniwoche fanden neue Verhandlungen statt, nachdem eine vermittelnde Fühlungsprobe ergeben hatte, daß die Prinzipalität weder von einer Verlängerung der Entschädigung für Kurzarbeiter noch von einer nochmaligen Weiterführung der Wirtschaftsbeihilfe etwas wissen wollte. Für diesen ersten Standpunkt konnten die Prinzipale nach den Verhandlungen im Oktober, November v. J. den Anschein des Rechtes geltend machen; der letztere war ein Bruch des früheren Versprechens, gegebenenfalls mit einem Lohnabbau erst zu beginnen, wenn er anderswo schon zur Regel geworden wäre, weil man nun einsehe, daß mit den Steuerungszulagen im Frühjahr 1916 das Buchdruckergewerbe zu spät und zu gering gekommen sei. Die Beseitigung der Kurzarbeiterentschädigung bedeutete doch einen materiellen Vorteil für die Prinzipalität, die Aufhebung der Wirtschaftsbeihilfe hätte ihn zum Nachteil der Gehilfen noch mehr vergrößert. Für diese aber standen die großen Belastungen durch die Annahme des Minimums der Entente in viel sicherer Aussicht als für den nicht so leicht fahbaren Besitz. Die Protverleuerung war bei diesen verfrühten Verhandlungen noch nicht spruchreif, wurde aber von unsrer Seite schon in die Debatte geworfen. Die Prinzipalvertreter,

An die Mitglieder des Verbandes!

Nach äußerst schwierigen Verhandlungen sind am 25. Juli vor dem Reichsarbeitsministerium erneut die Lohnbedingungen festgesetzt worden, die in den Monaten August und September für das gesamte Buchdruckergewerbe Geltung haben sollen. Die Gehilfenvertretung und der Verbandsvorstand haben diesen Abmachungen ihre Zustimmung gegeben, eine Reihe von Mitgliedschaften hat sie ebenfalls bereits gebilligt. Andererseits wurden aber in einzelnen Mitgliedschaften diese Abmachungen verworfen, und es wird fortgesetzt für ein örtliches Vorgehen Propaganda gemacht.

Der Verbandsvorstand verkennt keineswegs die schwierige Lage, in der sich die Gesamtgehilfenchaft befindet, er glaubt aber für sich in Anspruch nehmen zu können, bisher das möglichste getan zu haben, um der Not der Gehilfenchaft durch Verbesserung der Löhne zu steuern und wird in diesem Bestreben auch fernerhin nichts unversucht lassen, was die Gehilfenchaft vorwärtsbringen kann. Erstes Erfordernis dabei ist aber, daß der Verbandsvorstand die gesamten Mitglieder hinter sich weiß, und daß ihm auch in dieser schweren Zeit die Gefolgschaft bei seinen Maßnahmen nicht ver sagt wird.

Der Gesamtgehilfenchaft ist mit örtlichen Bewegungen nicht gedient; diese wirken zudem meist hemmend auf zentrale Abmachungen. Es ergeht deshalb an alle Kollegen der Ruf, die zentralen Abmachungen zu respektieren! Die Generalversammlung des Verbandes hat sich im vorigen Jahre mit großer Mehrheit für zentrale tarifliche Abmachungen erklärt; die über den neugeschaffenen Tarif vorgenommene Abstimmung hat ebenfalls mit großer Mehrheit die getroffenen Abmachungen gebilligt und damit erneut die Stellungnahme der Generalversammlung bekräftigt. Da kann es für denkende Mitglieder in der gegenwärtigen, für das deutsche Volk, im besondern für die deutsche Arbeiterschaft so schwierigen Situation, deren ganze Entwicklung noch nicht abzusehen ist, nichts andres geben, als nach dem Befehle der letzten Gauvorsteherkonferenz Besonnenheit und klaren Blick zu behalten und für Einigkeit und Geschlossenheit einzustehen. Nur dann wird die Gewähr dafür gegeben sein, daß auch die kommende, zweifellos sehr schwere Zeit die Kollegenchaft zur Wahrung ihrer Interessen in jedem Falle gewappnet findet!

Berlin, den 1. August 1921.

Der Verbandsvorstand.

festgelegt durch die direkt zuvor stattgehabte erweiterte Hauptvorstandssitzung ihrer Organisation, gedrängt von der Provinz und zum Teil ganzen Kreisen (Bauern und Schlessen), rüchlichnehmend auch auf die unter Otto Bediers talentvoller Leitung stehende organisierte Provinzopposition und nicht am wenigsten wohl angepornt durch den seit kurzem als Generaldirektor des Deutschen Buchdruckervereins fungierenden, durch Eingemeindung überflüssig gewordenen Spandauer Oberbürgermeister Dr. Woelck (ein durchaus unsozialer Mann, der schon im Lande herumgerollt war und sich in Verklammungen Vorstandsarbeiten geschäftig hatte), verfluchten eine Anzahl bei den Juni-Verhandlungen einzuschlagen, die von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Die amtlichen Indizes waren seit Januar bis einschließend Mai zwar von 924 auf 880 zurückgegangen, also um 44 Punkte, es zeigten sich aber schon Merkmale des kommenden Umschwungs auf dem Preisgebiete; außerdem waren wir Buchdrucker ja noch immer ein groß Teil hinter dem Existenzminimum zurück. Aber da wurde ein Aufheben von dem Preisrückgang gemacht, der gar nicht den Tatsachen entsprach, und von den Lokalausschlägen hieß es sogar, sie hätten eine allgemeine Lohnerhöhung um 10 Mk. gebracht. Homogenität herrschte indes trotzdem nicht auf Prinzipalsseite; in der Kommission zeigte man sich den gebilligten Darlegungen schon zugänglicher, es sollte die Wirtschaftsbefähigung in eine feste Feuerungsanlage mit einer ganz minimalen Erhöhung umgewandelt werden. Doch die Kommission wurde von der Gesamtheit der Prinzipale desavouiert, und so war denn der Tarifausdruck trotz des Tarifgemeinschaftshubstums am Ende seines Latens angelangt. Es verdient besondere Verurteilung, daß man diesen Eklat nicht unter allen Umständen zu verhindern bestrebt war. Das Beispiel von den ergebnislosen Buchdrucker-Verhandlungen in Weimar dürfte doch kein nachahmenswertes Beispiel sein.

Mit der Anrufung des Schlichtungsausschusses des Reichsarbeitsministeriums durch die Prinzipalität ging dann das dicke Ende an. Wir Gehilfen erlitten auch eine Enttäuschung: es wurde im Schiedsspruch zwischen Verheirateten und Ledigen entschieden, und zu der A-Klasse kamen auch noch die Ledigen der B-Klasse zur Auszahlung. Der Prinzipalität aber erging es viel schlechter: sie mußte die Wirtschaftsbefähigung beibehalten für August und September und diese noch monatlich erhöhen je nach der Lokalausschlagsgruppe um 15 bis 45 Mk. Das schlug demnach ein, daß man die Annahme des Schiedspruchs nicht auszuproben wagte, sondern sich vorbehielt, in den Tarifstreifen darüber abstimmen zu lassen. In der „Zeitschrift“ machte sich nun bei Besprechung der Tarifauszahlung der neue Kurs bemerkbar. Es hieß, die Prinzipale müßten nicht lediglich aus Opposition „nunmehr ein energieloses Sack geblieben“.

In der Gehilfenchaft tobte es über den Ausfall der Ledigen in Klasse B, weil man daran deutlich sah, mit welchen Verschlechterungen der (nur erst auf dem Papier stehende) Soziallohn für die Verheirateten erkauft werden sollte; in

gewerkschaftlicher Beziehung konnte und mußte das zu nichts Gutem führen. Als dann aber die Ablehnung des Schiedspruchs auf Prinzipalsseite bekannt wurde, da vermehrten sich rapid in der Gehilfenchaft die ablehnenden Mitglieder, so daß die auch nur bedingt zustimmenden in das Hintertreffen gerieten. Überdies bekam die Proberleuerung nach Zeitbestimmung und Ausmaß festere Form, wodurch naturgemäß keine Beruhigung eintreten konnte. Was die „Zeitschrift“ zur Ablehnung des Schiedspruchs schrieb, war einmal kramphastiges Bemühen, die Aberration darüber zu verbergen, denn vielmehr hatte man mit Annahme durch sieben gegen fünf Kreise gerechnet, also mit dem umgekehrten Verhältnisse; dann aber wirkte das Malmen des starken Mannes alles andere als überzeugend. Der „juristische“ Ausperrungsartikel des Syndikus Frische, worin der Satz: „Die Arbeitgeber schrecken in vielen Fällen vor einer Ausperrung aus Furcht vor einem Verstoße gegen die bestehenden Verordnungen und das im Betriebsrätegesetz verankerte Einpruchsrecht der Arbeitnehmer zurück“, neben einigen andern als eine lörmliche Aufmunterung zur Ausperrung angesehen wurde, wenn auch der Artikel allgemein gehalten war, wirkte wie eine Aufpölschung in der Gehilfenchaft. Wenn der zweite Sachwalter der Prinzipalsinteressen eine solche „Belehrung“ in der „Zeitschrift“ schreiben durfte, dann konnte doch der Schrift vom Willen zur Tat nicht groß sein, sagte man sich in unsern Kreisen. Wir spielten in der Hauptsache nur auf die juristischen Schleichstellen in diesem Artikel an, denn wir wußten, daß das dicke Ende recht kräftig kommen mußte. Das ist denn auch, nachdem obendrein ein (nicht mehr zu verbindender) zweiter, „wirtschaftlicher“ Ausperrungsartikel von einem Hamburger Unternehmerhändler das Maß über noch größer gemacht hatte, eingetreten. Die beiden Ausperrungsartikel haben tatsächlich bei der Prinzipalität fast ebenso große Verurteilung gefunden als auf unserer Seite. Der neue Steuermann mag keine schlechte Vorlesung deswegen erhalten haben. Als wir, um nicht die gesamte Prinzipalität — von der in Wirklichkeit die Mehrheit doch für den Schiedspruch war — mit diesen unsahbaren Angehörlichkeiten und Provozierungen zu identifizieren, nur der Prinzipalsreaktion (Nr. 8) unre besonders Hochachtung bezuegen, da kamme noch kurz Enttäuschung in der „Zeitschrift“ über den „Korr.“ auf, dann aber entwoeldete sich der Scharfmacherbimmel merklich und die Sachlage bekam einen krieblerigen Dreh.

Entgegen der im Prinzipalsorgan vorher hochgemut ausgesprochenen Erwartung, die Gehilfenleitung könne ja mit einem Ertrichen um neue zentrale Verhandlungen kommen, war diese schon andre Wege gegangen. Die Folge unserer maßgebender Stelle erhobenen Vorstellungen war schleunigstes Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums, das seinen für schwierige Aufgaben sehr geeigneten Regierungsrat Professor Dr. Brahn nach Leipzig entsandte. Aber diese Verhandlungen ist im Rahmen des ersten Artikels über die Gewerkschaftskongress alles Notwendige gelangt worden,

Dr. Brahn erwies der Gehilfenleitung zwar mit dem Vorschlag der Verlängerung der Wirtschaftsbefähigung um einen Monat keinen Gefallen, was ihm auch unumwunden gesagt wurde, aber er verstand doch durch sein Geschick, aus der Sadigasse einen Weg zu bahnen. Er war gewiß für die Gehilfenvertretung noch mit Schwierigkeiten geplagt, aber es handelte sich ja nur um einen Vorschlag, der an die Mandatäre weitergegeben werden sollte. Wenn bei der Leipziger Sitzung des Reichsarbeitsministeriums auch nur erst die Ledigen der Klasse B wieder eingeschaltet werden konnten, so war doch damit schon eine Etappe für uns gewonnen. Daß die Proberleuerung jetzt bereits auf andre Artifel anziehend wirkt und daß es mit der angebotenen respektablen allgemeinen Verbesserung durch die Lokalausschlagsregulierung in Wirklichkeit recht anders ausfällt, schlug schon Besche zu der weiteren Etappe.

Die entscheidende Haltung der darauf zusammen tretenden Gewerkschaftskongress im Verein mit dem Proteststurm draußen im Reiche sowie die nach eingehenden Beratungen gefundene glückliche Formulierung der Hauptentscheidung verlebten ihre Wirkung auf der andern Seite nicht, die sich diesmal eine Umfassung ihrer Kreise sehr angelegen sein ließ. Aber während die Prinzipalität nunmehr in ihrer größeren Mehrheit dem Leipziger Einigungsantrag zustimmte, lebte ihn die Gehilfenchaft durch die Gewerkschaftskongress einfach ab. Das hätte nochmals eine sehr kritische Situation abgeben können, wenn uns nicht die Disziplin der Gehilfenchaft im allgemeinen wie auch die Zeitumstände, die sich nun klarer im Sinne der von uns vorausgesehenen größeren Verteuerung entwickelten, zugute gekommen wären. Im Juni sind schon 16 Punkte wieder aufwärts in der Feuerung zu verzeichnen.

Die Bereitwilligkeit, trotz der ganz kurzen Frist in Berlin zu neuen Verhandlungen zu erscheinen, muß anerkannt werden. Die von uns zum Reichsarbeitsministerium entsandte größere Kommission hatte auch noch einen schweren Stand, aber die stärksten Hindernisse waren doch schon aus dem Wege geräumt. Manches der früheren Argumente wurde von Prinzipalsseite nicht mehr vorgebracht. Man war zu einer Verständigung bereiter. Einer der Prinzipalsvertreter, der sonst bei Verhandlungen immer mit Vorliebe den Serrenreiter in der Pfennigsucherei macht, in seinen Betrieben aber sich stets von einer besseren Seite zeigt, klag nun von seinem Stiefenpferde herunter und spielte auch offiziell den Noblen. Der Regierungsvertreter erwies sich noch mehr als ein gewandter Vermittler und ließ von seiner ominösen Oktoberklausel ab. Die Reue klappe in der Zusammenkunft der Prinzipalsvertreter sogar noch besser als in Leipzig. Die Wirtschaftsbefähigung war unbefreihtbar gereinigt, so daß von der Klasse Leipzig aus gut weitergearbeitet werden konnte, wenn auch der Generaldirektorstrategie veruchte, beim letzten Rennen doch noch etwas zu retten. Das Ende war in prinzipieller Bedeutung: Wir bekamen die Hände schon für den September vollständig frei und die ungerechten Ausschaltungen wurden rückgängig gemacht. In materieller Hinsicht ge-

Feriedgedanken

Am Fuße des herrlichen Alberges, abseits der großen Meerstraße, liegt idyllisch in lieblichem Tale Bedori, auf zwei Wegstunden von der nächsten Stadt und dem Bahnhof entfernt. Da verlebte ich diesmal bei Verwandten die Ferien. Das ganze Jahr vorher freute ich mich auf die zwölf Tage, die ich mit Hilfe der drei Sonntage auf fünfzehn zu erhöhen gedachte, aber, als — die Verschlebung des tariflichen Ferienzuschlags auf den 1. Mai brachte mir eine arge Enttäuschung, weil ich nur, wie im vorigen Jahr, elf Tage feiern durfte, und so ging mir auch noch der eine Sonntag verloren. Ich hatte mir deshalb fest vorgenommen, mich während dieser elf Tage beileibe um nichts, aber auch um gar nichts Buchdruckerisches zu kümmern — aus Rache!

Aber erstens kommt es anders — zweitens, als man denkt. Die erste Woche hatte ich glücklicherweise; nicht eine Zeile Gedrucktes war mir zu Gesicht gekommen, und nun mußte mich der Teufel reiten. Mein Vetter wollte zur Stadt; ich sollte mit. Das lebte ich dankend ab, aber ich tat ihn um ein paar Zeitungen. Wie ein hungriger Wolf fiel ich über die Blätter her. Oberhessen — Frankreich — England — Saniktionen — Wiedergutmachung — immer noch dasselbe Sin und Ser. Da entdeckte ich auch eine Anzeige, die in großen Lettern verhielt: „Ne wieder Krieg!“ Herrgott nochmal, denke ich, muß das schon sein: Nie wieder Krieg! Mir fallen alle Greuel des Erlebten ein, das Schlamassel in Frankreich, die Gewaltmärsche in Rußland —

Da gibt's plötzlich draußen einen Köllenturm! Vom Fenster aus sehe ich die hoffnungsvolle Vorjüngend daherstürmen, papierbehelmt und mit Knütteln bewaffnet. Auch mein Zurück ist dabel. Ich rufe ihn zu mir und stelle ihn zur Rede, frage ihn, ob er seinen Vater gern im Krieg verloren hätte; ob es ihm lieb wäre, wenn Vater nur einen Arm oder ein Bein hätte. Und was gibt mir der Beigel zur Antwort: „Wir spielen ja man bloß Volkssache und Deutlicher; das ist ja kein Krieg!“ Ich denke: Eigentlich hat der Junge recht. Ich muß ihn laufen lassen. Ob meine Ermahnungen zum ewigen Frieden helfen werden, muß sich erst zeigen.

Ich nehme also wieder meine Zeitungen vor. „Kommunistische Blamage“ lese ich über einem Aufsatz. Na, denke ich, das ist gerade nichts Neues. Am Ende des Aufsatzes steht ein Zitat aus dem Kommunistenblatt, das mit den Worten kühlt: „Die Weltrevolution marschiert — trotzdem und alledem!“ Und dann fällt mein Blick auf den Sankelstell des bürgerlichen Wertes zu meiner Rechten. Da lese ich: „Wie sich die Weltfontage während des Krieges verhielt!“ 1914 hatte Großbrünnien 20,2 Millionen Tonnen, 1921 jedoch 21,1; aber die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben seit 12,3 gegen 1,8 Millionen Tonnen vor dem Krieg; Japan 3,0 (1,6); Frankreich 3,0 (1,9); und Deutschland — 0,6 zur Zeit, aber 1913 noch 5 Millionen Tonnen.

Da wurde es mir klar, daß die Weltrevolution auf der ganzen Linie marschiert, nur nicht bei uns in Deutschland, und besonders nicht bei uns Arbeitern. Die Arbeiter verküfferten sich ja mit Brasen die Köpfe.

Wütend warf ich die Zeitungen beiseite, nahm meinen Liegestuhl für 1,75 Mk. Vorkriegspreis, legte mich in den Schatten des Lindenbaums vor der Hausfir und steckte den „Selbstgebaute“ meines Veters in meiner Holzhackerpfeife in Brand, um trauernden dem dicken Tabaksqual nachzuschauen, der die in der Sonne spielenden Mädchen verjagte. „Wat den een sin Ibi is, is den annern sin Nachigall.“ —

Am andern Tage bringt mir die Post eine ansehnliche Sendung mit „Korr.“-Nummern. Mein lieber Gespan hatte geglaubt, mich über die kriegerische Situation in unrem Gewerbe doch unterrichten zu müssen in meiner Weltabgeschiedenheit. Wie staunte ich! Das war ja ein Rosen von immer gefährlicheren Ereignissen! Ich dankte meinem Spägen sofort mit einer Karte, wie ich auch meiner Freude Ausdruck gab über das rasche und entschlossene Handeln von Verbandsvorstand, „Korr.“, Gewerkschaftskongress. Mit welcher Unbereitsheit gegen die stumpfen, immer mehr zur Explosion treibenden Gewerkschaften der auf Prinzipalsseite vorherrschenden Pfennigstreiter einerseits und die Feueranzünder kommunistischer wie anderer Couleur im Gehilfenlager samt dem Kanonendonner in den Blättern der gleichen Richtung andererseits ist doch diesmal operiert worden! Was die Prinzipalität aufbeben wollte, und was sie nun leisten muß — das man

ich so etwas erlebt von einer Arbeitergruppe, die sich geistig so hochstehend dünkt! Den Treibern auf ihrer Seite zur „Schlacht am Birnbaum“, die in diesen letzten Wochen unsern führenden Männern das Leben manchmal noch laurer als sonst zu machen verstanden, sei der Ausgang dieses Kampfes um die Vernunft ein schweres Menetekel! Im Herbst wird es ja doch zum großen Sturm kommen, mögen die mit großen Worten, aber Verantwortungslosigkeit operierenden „Strategen“ von links bis dahin mehr gelernt haben. Wenn es ein Seban für die Prinzipale geben soll, dann muß bei uns ein Tenn für die Kommunisten usw. vorausgehen.

Wenn ich nun zurückkehre an meinen Arbeitsplatz, werde ich mich mit den Kollegen etwas mehr unterhalten, die mit einer rührenden, alles entwerfenden Unwahrheitlichkeit immer viel über die Unabwendbarkeit des Kampfes gesprochen haben. Ich werde ihnen präziser noch als früher darun, daß sie auch für die andre Seite der Dinge mehr Sinn entwickeln müssen, daß sie sich nicht in erster Linie nach denen richten sollen, die sich wie der Pudel in der Löwenhaut gebärden, daß sie aber den andern mehr frauen sollten, die den aus Irgebdiner . . . itischen Sudelküche flammenden Schlagworten von der „Verbandsbureaokratie“, den „arbeitsgemeinschaftsergebenden Führern“ um keine Gefolgschaft leisten. Werde ihnen begrifflich machen, daß die Vorgänge in den letzten Wochen einen von unrem verpönten Einflügen und dem „Korr.“ meisterricht geführten Kampf darstellen, der, operlos für uns, mit einer schweren Niederlage der Scharfmacher bei den Prinzipalen endigte.

Nun ist eine Atempause eingetreten. Wir brauchen sie zur Sammlung, wollen uns gewissermaßen auch Feriedgedanken hingeben. Ihr Ergebnis möge sein, daß alle geklärt und regeer an die Organisationsarbeit zurückkehren und unbeeinflusst von den Brasen und den bewußten Unwahrhaftigkeiten der Zeilenleute jeder von neuem Vertrauen zum Verband erfüllt ist.

Sich aber muß zurück; muß wieder wirken und schaffen und helfen bei dem, was die Presse Gutes und Böses vollbringt. Meine letzten Ferientage in diesem Jahr werde ich nicht leicht vergessen, denn sie machen für jeden beweiskräftig, daß unser Verband auf der Höhe ist. Bringen wir ihn noch höher — es liegt ja nur an uns. F. J.

lang zwar im Augenblicke keine Überschreitung der Höchstlöhne oder ihre Gleichmäßigkeit, worüber schon die Gausvorsteherkonferenz im Jahre 1901, aber die volle Erfassung der Klassen B und A mit etwas höheren Sätzen als in Leipzig für die Bediener der Klasse C gedacht sowie der Neuausgelernten, der Lehrlinge und des jugendlichen Hilfspersonalen unter Fortfall des nur anteiligen Betrags für die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen unter 21 Jahren, das ist unter den obwaltenden Umständen jedenfalls ein ganz achtbares Ergebnis.

Die Prinzipale dagegen wollten mit der Aushebung der Wirtschaftsbeihilfe zu einem Lohnabbau kommen. Die an der Spitze von Nr. 87 mitgeteilten Sätze von 10 Mk. monatlich für Lehrlinge usw. anfangend bis zu 110 Mk. für die Verbeirateten in der Klasse C der größeren Druckhöfe, also für die Mehrheit der Gehilfen, würden dann nicht mehr erlösn; es käme vielmehr zu wöchentlichen Einbußen bis zu 25,38 Mk. Allerdings haben wir damit für August und September die Probabteilung in Kauf nehmen müssen, aber dieser Umstand ist nun doch etwas erleichtert durch die Erfassung aller Beschäftigten. Die übrigen Arbeiter werden ja zumeist erst im Herbst zu einem Aussteigen mit der Probaverleuerung kommen, wenn nicht die Regierung vordem einen andern Ausweg findet, der für uns Buchdrucker dann auch gelten würde. Der direkte Abschluss in Berlin ist auch ein Vorteil.

Die Prinzipale haben schließlich einem ihnen noch günstigen Schiedspruch abgelehnt und das von ihnen diesmal doch selbst angerufene Reichsarbeitsministerium nicht nur damit brüskiert; in Leipzig war darüber noch etwas zu hören, das ging allerdings auf Konto der in diesen heißen Wochen recht unglücklich operierenden „Zeitschrift“. Auf dem Clappenberg mussten unsere Unternehmer dafür zwei immer stärker werdende Verwicklungen einstecken. Bei den Lokalausschlägen ist ihnen die grundsätzliche Weigerung, für Berlin und Hamburg auf 30 Pro. hinaufzugehen, auch teuer zu stehen gekommen, außerdem haben sie dadurch wieder den Anreiz für drückliche Bewegungen gegeben. Dazu ist die von ihnen angeblich mehr hochgehaltene Tarifausschuss auf das Äußerste milder worden; den Tarifausschuss hat man zu einem auf dem Wege stehenden billigen Kreise gemacht und obenrein in der Gehilfenschaft eine wahre Revolution hervorgerufen. Wir sind gewiss, das manches bedauerliche Ergebnis auf unserer Seite unterblieben wäre, wenn die Klasse B nicht ausgeschaltet und der Schiedspruch dann glatt angenommen sein würde.

Die „Zeitschrift“ hat ihren Artikel über die Leipziger und die Berliner Beratungen im Arbeitsministerium sehr objektiv gehalten, es ist nichts mehr von außerordentlicher Belastung oder von der immer nur fordernden Gehilfenschaft zu vernehmen. Das ist für die Bekanntmachung des Berliner Abkommens auch die Überschrift „Tarifausschuss der Deutschen Buchdrucker“ fand, gerät noch zu den in den letzten Wochen bei ihr typisch gewordenen Ungleichheiten, wovon das Erholen nicht so leicht ist.

Das Ende vom Lied ist also für die Prinzipalität, das sie mit der seit dem Oktober 1920 eingeschlagenen Taktik brechen muß. Sie ist damit im Juli 1921 geradezu aufgelassen. Verne man doch selbst von der uns in der „Zeitschrift“ gepredigten „edelsten Aufgabe der Führer“ und lasse man den „modernen Strategen“ nicht wieder so freis Hand. Sie haben die Gehilfenprüfung schlecht bestanden, während Franz Kohler seinen Meister mit La gemacht hatte. Nun darf wohl auf Beginn einer abgekühlteren Temperatur und des besseren Hineinsühlens in die für die Gehilfenschaft erst richtig kommende schwere Zeit gerechnet werden, ohne so derbe Korrekturen von Gehilfenliste. Die nächste große Steuerungs- und Lastenwelle zwingt auf Wegen oder Brechen zu einer andern Taktik gegenüber den Gehilfen.

II.

Auch in der Gehilfenschaft muß es nach der Umstellung des normalen Begriffs Beginn und Ende zunächst erst mit manchem zu Ende geben, um dann mit einer andern Methode den Beginn zu machen. Von dem ausgebrochenen Angeßinn ist das meiste auf die ganz und gar verfehlte Prinzipaltaktik zu setzen, viel aber auch auf die tatsächlich grobe Notlage. Dieser mehr zu Selbe zu gehen, wäre jedenfalls unfruchtbar und gelungen, wenn man besser bedacht haben würde, das Zeit gewonnen hier viel gewonnen hätte. Man kann doch nicht in jeder Woche eine Bewegung führen und nicht in jeder Woche verhandeln! So aber wäre es gekommen, wenn es nach dem Willen der in den Verammlungen überwiegend das Wort führenden Neugewerkschaffler hätte geben sollen. Auch eine neue Steuerungsperiode muß erst eine gewisse Ausprägung erhalten haben, um ihr bestmöglich zu können mit der Lohnanpassung. Dann hat der meistens gute Geschäftsgang wieder die Konjunkturpolitik auf die Beine gebracht, die gerade aus der Geschichte der Tarifausschuss lernen könnten, wie vorteilhaft es oft schon gewesen ist, sich nicht von Augenblicksercheinungen gelanzennehmen zu lassen. Die Depressionen dauern in der Regel länger. Wenn bei Hochkonjunktur da der

Bogen überspannt worden ist, kommt das Ende bei der unangünstigen Konjunktur nur um so dicker. Als bei der Tarifrevision im Jahre 1901 allein die Buchdrucker von einer Lohnreduktion verschont blieben, im Gegenteil noch eine freilich nur winzige Lohnerhöhung durchließen — die damalige Prinzipalvertretung war weilschlager als die heutige —, da war überall großes Erstaunen. Jetzt liegt in vielen Verammlungen die Tarifausschuss aber von einer Ecke in die andre. Die sie am meisten verdammten, verleben oftmals am wenigsten von ihr. Es wirkt auch schon mehr als der Fluch der Väterlichkeit, daß in einem Atemzuge die Tarifausschuss über Bord illegal, die leitenden Personen am Orte — und zentral erst recht — in manchem sogar beschämender Weise ein Mißtrauensvotum erhalten, im andern aber Beibehaltung gefordert wird zu beständigen Verhandlungen mit der Prinzipalität, wogu die verlesenen Vorstandspersonen dann ehrenvollen Auftrag erhalten: Wenn in der Allgemeinheit instinktiv das Gefühl aufkommt, daß die Verbandstaktik sehr auf und stoff gearbeitet hat, so wird in großen Verammlungen unter Beifall dem wohl entsagengewillt, die Gausvorsteherkonferenz habe glänzend verlag. Und so ereignet sich viel, nur zu viel, mit dem es zu Ende gehen muß; gerade in unker Organisation, in der die Parteien und die Oppositionen mit ihrem Leben noch nicht so am Abflauen sind wie in andern Gewerkschaften. Man spricht selbst von radikaler Seite keine Verminderung über die Vorgänge bei den Buchdruckern aus. Doch darüber im dritten Abschnitt.

Der Appell des Verbandsvorstandes an erster Stelle in dieser Nummer wendet sich nicht zuletzt noch einmal an diejenigen Mitgliedsschaften, die auch nach dem Berliner Ergebnis und der Stellung der Gausvorsteherkonferenz glauben aus der Verbandsfront ausbrechen zu können und die alte Solidaritätsformel des Proletariats „Einer für alle und alle für einen“ mit dem zeitmodernen Übersetz „Jeder macht ihn's“ verleben zu dürfen. Das die Verbandskassen laut Generalverammlungsbeschluss für solche Ertragslosen verbleiben, ist ja bekannt. Auf die drückliche Nachgiebigkeit der Prinzipalität in dieser Situation noch zu bauen, sollte noch mehrlichen Beispielen, in den letzten Jahren (Bremen, Düsseldorf) doch aufgegeben werden. In andern Orten hätten die Kollegen 40, 50 und mehr Mark ebenso notwendig; sie treten aber trotz ihrer Not nicht heraus aus der Front, um die Organisation nicht zu zerreißen. Wenn in sechs Wochen neue Verhandlungen stattfinden, die doch vorbereitet werden müssen und für die noch manche Entwicklung abgewartet werden muß — wir nennen nur die neuen Steuern —, dann kann und muß die Leipziger „Zeitschrift“ bewahrt werden. Wir wollen a. B. auf zu würdigen, was es heißt, in dem „logar von Arbeitern hinsichtlich der eingetretenen Verleuerung noch unterwürfigen Leipzig vom Buchdruckerlohn zu leben. Wenn aber in der Leipziger Mitgliedsschaft eine Verammlungsmeerheit schon zum zweitenmal ein drückliches Vorgehen beschlossen hat, so ist das zunächst ein schwerer gewerkschaftlicher Fehler. Allerdings hat man in Leipzig sich der Form nach schon etwas Mühsung auferlegt gegen den ersten Beschluss. Halle a. d. S. hat nach dem Leipziger Beispiel ebenfalls für drückliches Vorgehen gestimmt; freilich nur mit 20 Stimmen Mehrheit in der Verammlungen, was immerhin schon von beginnender Einsicht zeugt gegenüber der vorherigen Stellungnahme. Erfurt ist nahezu einstimmig zum Beschluss eines außerordentlichen Vorgehens gekommen. Wir bedauern außerordentlich, daß es in diesen Mitgliedsschaften dahin kam. Am schlimmsten steht es in Köln aus, wo jetzt in der zweiten Woche getreht wird. Es erscheint eine Notzeitung der sieben bürgerlichen Blätter in zwei oder vier Seiten Umfang. Die Arbeiterzeitschriften haben bewilligt (100 Mk. pro Woche mehr), auch die englische Zeitung; die Befahungsbehörde hat dazu gezwungen. In ganzen haben dort 26 Firmen bewilligt, die großen nicht. Die Prinzipalität lehnt drückliche Verhandlungen ab, alle sonstigen Einwirkungsversuche sind bis jetzt gescheitert. Es muß in solchen Orten nun doch Urabstimmung vorgenommen werden, damit die Gesamtheit entscheiden kann. Gemäß der Stellungnahme der Gausvorsteherkonferenz erübrigen sich durch diese kurzen referierenden Mitteilungen besondere Berichte aus solchen Orten.

Im allgemeinen aber wird die Situation ruhiger. Es ist bei der Verbandsleitung und bei uns schon eine ganze Anzahl von Mitteilungen eingelaufen — aus Hilfsarbeiterkreisen ebenfalls —, das man sich nun mit dem Resultat abfindet, im September aber auf einen ganz energischen Vorstoß rechnet. München, Magdeburg, Gera und Kaiserlautern haben in diesem Sinne bereits solviert. In Konstanz hat es lange Zeit gegäh, der Gehilfenvertreter Klein hat nun dort Klarheit geschaffen. Berlin hat am 1. August Stellung genommen. Es gab eine klare Debatte; drei Resolutionen (eine für Annahme, eine dagegen und eine gegen den „Korr.“) wurden abgelehnt. Zum Schluss wurde nach den Ausführungen der Kollegen Seib und Massini dem Abkommen zugestimmt unter der Voraussetzung, daß die Prinzipale bei den Verhandlungen im September von ihrer bisherigen Taktik

abweichen und größeres Entgegenkommen zeigen. Das Beispiel von Berlin könnte allenfalls zur Nachahmung dienen. Je geschlossener im September der Aufmarsch der Gehilfenschaft, um so eher wird eine andre Periode auf dem Lohngebiete beginnen.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Erklärung der Bestimmung über Unfallvertrauensmänner. In seiner letzten Sitzung hat der Vorstand der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft nach eingehender Aussprache folgendes bekanntzugeben beschlossen: „Der am 6. Mai 1921 veröffentlichten Bestimmung über Unfallvertrauensmänner gemäß ist eine große Zahl Unfallvertrauensmänner der Berufsgenossenschaft gemeldet worden. Es scheint aber, als ob der Wortlaut der betreffenden Bestimmung nicht immer genau beachtet worden ist, nämlich nach der Richtung hin, daß als Vertrauensleute nur „geeignete“ Personen verpflichtet werden dürfen. Da der Schwerpunkt des Unfallsschutes im Maschinenbau und nicht in der Seherlei liegt, erachtet es der Vorstand für unerlässlich notwendig, daß sich der Unfallvertrauensmann da, wo nur ein solcher bestellt wird, im Maschinenbau befindet, und er hält in Übereinstimmung mit den Versicherungsverträgern nur den Maschinenmeister, der auf dem Unfallgebiet im ständigen Wechsel der Ercheinungen und Erfahrungen steht, für geeignet, hier das Amt des Unfallvertrauensmannes auszuüben.“

Graphischer Bund. In der letzten Sitzung des Graphischen Bundes trat Kollege Seib wegen zu starker anderweiter Belastung als Vorsitzender zurück. An seiner Stelle wurde Kollege Kraus einstimmig zum Vorsitzenden des Graphischen Bundes gewählt.

Anglistische Fall. In Landau (Pfalz) geriet ein Buchdruckerlehrling in der Buchdruckerei E. Deuse Nachl. mit dem Wein in das Schwungrad einer Maschine. Er erlitt schwere Fleischwunden und Hautabplatzungen. Bei vorschriftsmäßiger Anbringung von Schutzblechen sollte so etwas nicht vorkommen, wenn nicht allzu große Unvorsicht waltet; vielleicht sind auch die Schutzmaßnahmen mangelhaft.

Neue Postkarten. Für Sammler bietet sich Gelegenheit, ihren Sammeltrieb zu befähigen. Die neuen Postkarten, die erst in Berlin kommen, wenn die alten Bestände aufgebraucht sind, können schon jetzt bei der Markenerkaufstelle des Briefpostamts in Berlin C2 wie auch andre Werte gegen einen Aufschlag (bei 10 Mk. Wert 1 Mk., 50 Mk. = 4 Mk., 100 Mk. = 6 Mk. usw.) erstanden werden. Die neuen Postkarten werden jetzt nicht mehr von der Reichsdruckerei in Berlin, sondern in München gedruckt. Es haben auch nicht mehr das selbe Bild wie die „Bjeltmarken“, sondern ein heftigeres, das „Alles reißenden Postillons nach dem Entwurf von Schwarzenberger. Unten zeigt ein Band die Inschrift: Deutsches Reich; die Wertzahl prangt im strahlenden Himmel. Der Postkartenvordruck ist außerdem umrandet.

Eingeforderte Offerten mit Probeabzügen. Es kommt heute immer noch vor, daß man eingeforderte Offerten mit Probeabzügen, wenn das Geschäft nicht zustande kommt, nicht bezahlen will. Die Berliner Handelskammer mußte dieser Tage folgendes Schreiben darüber abgeben: Wenn Probeabdrucke von einem Schriftstatter seitens des Bestellers verlangt werden, muß in jedem Falle der Originalabdruck hergestellt werden, um davon Probeabzüge machen zu können. Die hierfür aufgewandte Arbeit wird dem Besteller in Rechnung gestellt. Die Druckerlei muß an ihre Arbeiter die für solche Arbeiten verwandten Arbeitsstunden zahlen. Deshalb wird kaum je eine Druckerlei eine Bestellung auf Probeabzüge annehmen, ohne dafür die gewerbetätige Bezahlung zu fordern.

Buchbinderstreik in Frankfurt a. M. Aus den schon bekannten Gründen hartnäckig verweigelter Lohnaufbesserungen, die den Preissteigerungen einigermaßen entsprechen, ist die gesamte Buchbinderarbeiterchaft Frankfurts in den Streik getreten, der in einer Verammlungen mit 576 gegen 15 Stimmen beschlossen wurde. Von unsern Kollegen wird erwartet, daß sie in diesem den Buchbindern aufgezungenen Kampfe strikteste Neutralität wahren und jedwede Arbeit, die bisher von Buchbindern verrichtet wurde, verweigern. Ein diesbezüglicher Aufruf ist bereits an die Kollegenschaft ergangen.

Tarifausschussverhandlungen für das Lichtdruckgewerbe. Gelegenlich der Verhandlungen über die Beilegung des Streiks der Berliner Lichtdrucker wurde bestimmt, daß der Tarifausschuss am 21. Juli zusammentreten und auf Antrag der Gehilfen sich u. a. mit der Umwandlung der Wirtschaftsbeihilfe in eine wöchentliche Steuerungsulage und der Gewährung einer neuen Wirtschaftsbeihilfe beschäftigen sollte. Nach längeren Auseinandersetzungen, in denen die Unternehmervertreter die Umwandlung der Wirtschaftsbeihilfe in eine wöchentliche Steuerungsulage ablehnten, wurde beschlossen: 1. Für die Monate Juli und August erhalten alle tarifstreuen Gehilfen folgende Wirtschaftsbeihilfe: Gehilfen unter 24 Jahre 80 Mk., Gehilfen über 24 Jahre 120 Mk. Diese Wirtschaftsbeihilfe zählt ab 1. Juli zum Gesamteinkommen. 2. Diese Wirtschaftsbeihilfe gilt auch für den Monat September, wenn sich außer der Probaverleuerung keine weitere Verleuerung der Lebensbedürfnisse ergibt. Trifft eine solche ein, ist die Prinzipalität zu neuen Verhandlungen im September bereit. 3. Mit Rücksicht auf den bestehenden Gehilfenmangel wird das Verbot der Lehrlingsentlassung ab 1. Oktober 1921 aufgehoben. Die bisherige Unterzeichnung der Wirtschafts-

beihilfe nach Verbeiratsen und Bedigen oft damit als ge. allen; sie wird lediglich nach dem Alter gestaffelt. Weiterhin wurde festgelegt, daß die Wirtschaftsbetriebe bei Berechnung des Überlundenanzugs vom Gesamtinkommen zu rechnen ist. Die neue Wirtschaftsbetriebe soll auch für September gelten, wenn sich außer der Brotverfeuerung keine weitere Verfeuerung der Lebensverhältnisse ergibt. Lehrlinge sollen nach den Güten des Seindruckerlaris entkündigt werden, und zwar im ersten Jahre mit 20 Mk., im zweiten mit 30 Mk., im dritten mit 45 Mk. und im vierten mit 60 Mk. wöchentlich.

„Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren!“ Auf dem Viller französischen Gewerkschaftskongress gab es gleich bei Eröffnung Sumulte, Handgreiflichkeiten und Schiebererei. Ein Pariser Delegierter von der Maschinenwerkerschaft ist den dabei erlittenen Verletzungen erlegen und hat am 29. Juli von allen Delegierten das letzte Geleht erhalten. Deutsche Arbeiterblätter knüpfen daran bewegliche Klagen über den Bruderkampf unter den Arbeitern. Wie die Vorgänge im Berliner Gewerkschaftshause vor einigen Wochen gezeigt haben, sind die durch die Kommunisten entstellten Ansätze auch nicht mehr weit entfernt davon, das alte Lied der Sozialisten von dem rein geistigen Kampfe vollends zu schänden. Was sich jetzt in Lille als Ausgeburt der Spaltung des französischen Proletariats gezeigt hat, zeugt von einem schwachen Niedergange der Arbeiterbewegung. Mit Entsetzen muß sich jeder Arbeiter von den direkten oder indirekten Urhebern solcher Kampfmethoden abwenden. Derweilen sich in Deutschland die Arbeiterchaft (unter üblichem Abwachen der Kommunisten) mit den pazifistischen bürgerlichen Elementen zu der großen Demonstration „Nie wieder Krieg!“ rüftete, knallten in Frankreich auf dem Gewerks-

chaftskongress Schüsse von Klassengegnern gegen Klassen-gegnossen — es ist zum Götterbarren. Da hat der Kapitallismus noch auf lange hinaus gute Tage!

Die Kinos auf dem Aussterbefeld? In Berlin muhlen 100 Kinos infolge der gewaltigen Steigerung sämtlicher Ausgaben (auch die Steuerlast ist angeblich so groß) geschlossen werden. Wenn auch ein großer Teil, wie alljährlich, nur der Ferien wegen geschlossen worden sind, und die große Hitze ein übriges dazu beigetragen hat, den Besuch zu mindern, so kann doch festgestellt werden, daß sich die bisherige Zugkraft bei den „Kinoschöppen“ erfreulicherweise überlebt hat. Ein Schaden wäre das wirklich nicht im Interesse untrer heranwachsenden Jugend, die vielfach durch den Besuch der Kinos verdorben wird. Die Kinosunternehmer versuchen immer mehr der lukrullösen Geldmacherei, statt Kulturoufgaben zu erfüllen, indem sie ihre Institute wirklicher Belehrung und Menschheitsergebuhg zugänglich machen würden. Sie überbiehen sich sehr wohl gegenseitig in sensationellen Programmen mit Schinderhannes, Nida-Carler und andern Verbrederegeschichten. Der „Erfolg“ zeigt sich in den ganz vermadriolten jugendlichen Kinobehuchern, die Nida-Carler-Klubs oder ähnliches gründen und sich selbst zu Kinoschleiden, zu Verbredere ausbilden. Die velen Prozesse vor den Jugendgerichten geben ein erschreckendes Bild. Sinweg mit diesen Sittenverberbern und Seelenvergiftlern! Wo bleibt die Kinosensur? Sa, wenn hier Pädagogen oder andre maßgebende Personen zu entscheiden hätten und nicht die Sittenbestler selbst, dann könnte es schon anders sein. In präbesehlicher Beziehung hat man im Senuerieren mehr Courage.

Das bänderreichste Werk der Welt. Während sich die abendländlichen Kulturnationen den Rang streitig

machen, die umfangreichsten Druckwerke herauszugeben, ist ihnen doch China darin überlegen. Zweifello ist das bänderreichste Werk, das je erschienen ist, die hallerlich chineische Enghlopedie, die 6000 Bände umfaßt und Berichte über eine Zeilspanne von 2800 Jahren enthält. Ein Exemplar dieses Werkes ist im Britischen Museum. Die einzelnen Bände wurden nicht gebunden, sondern in Kästen gelegt, die manchmal sehr schön ausgeschmückt sind. Der gelochene Text wurde auf Holzblöcken durch Um- druck übertragen, und dann sind die einzelnen Wortgebilde aus dem Blode herausgeschnitten, so daß sie erhaben stehen blieben. Von diesen Holzstöcken wurden die Bücher gedruckt, immer nur jedes Blatt auf einer Seite, da das seine Papier das zweifelhige Bedrucken nicht zuläßt. Nach heute noch wird bei der Buchherstellung in China diese Sandarbeit ohne Verwendung jeder Druckpresse geübt.

Reglung des Lehrlingswesens in Südafrika. In Südafrika soll gemäß eines noch zu genehmigenden Gesetzes das Lehrlingswesen im Buchdruckgewerbe, in der Möbel-, elektrischen und Bekleidungsindustrie geregelt werden. Das Gesetz soll dann nach und nach auf dem Verordnungswege auch auf andre Industriezweige ausgedehnt werden. Für jeden Beruf steht das Gesetz die Einhebung einer par- tiällischen Lehrlingskommission vor, an der Unternehmer und Arbeiter in gleicher Anzahl beteiligt sind. Die Kom- missionen sollen über Anzahl, Lohnhöhe und Zulassung der Lehrlinge befinden und schließlich alle Zwistigkeiten, die aus dem Lehrvertrag entstehen, schlichten, wobei sie Zeugen unter Eid vernehmen können. Die Lehrzeit regelt die Regierung nach Anhörung der Lehrlingskommission.

(Merzu eine Beilage.)

Achtung! Buchdruckerfang- u. Geselligkeitsvereine

Neuaufgabe des Buchdruckerliederbuches!

Zur Vorbereitung bedarf der Anhang zunächst der Umarbeitung. Er erscheint für die bisherigen Besitzer des Buchdruckerliederbuches und die verehrlichen Vereine in einer Extraausgabe.

Der Anhang bringt ein Verzeichnis für Buchdrucker bestimmter Gebichtsammlungen, Männerdör, Sololieder, Theater- stücke, kleiner hiesiger Aufführungen, humoristischer Vorträge sowie Klavierstücke und deren Bezugswegen. Für den direkten Bezug sind Titel, Verlag und heutiger Preis genau anzugeben; bei Theater- stücken auch Rollenzahl. Eine Übernahme aus der zweiten Auflage findet nur bei ausdrücklicher Aufforderung statt, damit nicht ver- griffene Sachen und veraltete Adressen angegeben werden.

Außerdem bietet der Anhang eine Adressenliste der Gesangs- Orchester und größeren Geselligkeitsvereine der Buchdrucker. Hierfür erforderlich: Gründungsjahr, Adresse des Vorsitzenden, Übungslokal und -tag, Dirigent, Zahl der aktiven und passiven Mitglieder. Die für den Anhang bestimmten Angaben bitten wir recht sorgfältig zu machen und ausschließlich in der Zeit vom 8. bis 19. August an den Verfasser W. H. Krahl, Leipzig-Schleußig, Könnertstraße 47, zu richten.

Kadell & Hille · Verlag · Leipzig, Salomonstraße 8

Typographseher

nur erfahrener, tüchtiger Werksheher, für A-, B- oder U-Maschine in angenehme Dauerstellung gesucht. 1295

Koltinger & No., Stuttgart, Pfisterstraße 5.

Monotypseher

(D-Taster) für Deutsch und Russisch sofort gesucht. 1292

Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Vorwärtsstrebender, intelligenter

Buchdruckfachmann

mit hohem Verantwortungsbewußtsein, guter Kalkulant, 26 Jahre alt, ledig, geprüfter Meister, in graphischer Kunst Oberbayerens tätig, der befähigt ist, einen Druckereibetrieb rationell und mit Umsicht zu leiten, sucht zur Erlangung des Chefs jobs oder später verhältnißmäßiger in Dresden entsprechenden Wirkungskreis. 1320

Gr. R. Viehberg, Kleinereisen bei Plauen i. V.

Rangzählerger

Schriftgießereifaktor

einer bedeutenden deutschen Sausgießerei, Stereotypie und Galvanoplastik, welcher reichliche Erfahrungen in Schriftgießerei- und Druckplatten-Druckmaschinen aller Art besitzt (erzeugt auch galvanische, duktile Nickelmatrizen), wünscht früher oder später leitende Stellung.

Gest. Angebote unter A. H. 305 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Berliner Zeitungsdruckerei
sucht sofort tüchtige, langjährige

Typographseher

Angebote mit Referenzen und Lohn- forderungen unter Nr. 311 an die Ge- schäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger

Schweizerdegen

zum 13. August gesucht. 1321

„Quedlinburger Zeitung“, Quedlinburg a. S.

Schweizerdegen

gleich tüchtig an Kassen, Schnellpresse und Kegel, für sofort oder bald gesucht. 1313

22. Classen, Offen, Witterlingstraße 56.

Buchdruckmaschinenmeister, erst- klassiger

Farbendrucker

zum baldigen Eintritt gesucht.

Eery & No., Kunstanstalt, Nürnberg, Bucherstraße 76.

Müchlich tüchtiger, in allen Sphären bewandelter

Schriftseher

1317

Stiller und korrekter Arbeiter, in Kalkulation und Preisberechnung firm (Meisterstück), gelehten Alters, ledig, wünscht sich zu verändern. Eintritt 14 Tage nach Engagement.

Gest. Offerten unter J. 317 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Junger, strebsamer

Schriftseher

20 Jahre alt, erfahren im Abzählen, und Interaktanz, sucht zweites weilerer Ausbildung Stellung.

Gest. Angebote unter Nr. 316 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junger, tüchtiger

Schriftseher

sucht Stellung, am liebsten für Abzählen oder Interaktanz, Süddeutschland bevorzugt.

Offerten unter Nr. 319 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Linothpeseher

wünscht sich innerhalb Groß-Berlins zu verändern. 1318

Angebote mit Gehaltsangabe unter 4 V. K. Hauptpostamt Berlin-Willmersdorf (postl. ange. ad).

Linothpeseher

ledig, mit allen Sphären vertraut, sucht Stellung, egal wohin. 1327

Gest. Angebote erbeten an Boden, Leipzig, Laucher Straße 6 I.

Welche Parzellierung bietet durch Schlußal aus Stellung und Wohnung geratener

Monolineseher

(auch Linotyp) Stellung eventuell mit Neuwohnung?

Offerten unter „Eil 298“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ziegeldrucker

(Schweizerdegen), im zweiten Gehlens- jahre lebend, sucht Stellung. 1308

Angebote erbeten an August Breitling, Ludwigsburg, Schorndorfer Straße 154.

Besten Dank allen

Bewerbern! Stellen besetzt!

S. Prichartz, Mainz. 1326

Diplome

für Verbands- und Arbeits- blattstellen, Gedächtnisblätter für Opfer des Krieges empfiehlt St. Slegl, München 9, Kolumbusstraße 1.

Brandenburgischer Maschinenseherverein

St. Slegl

Donnstag, den 7. August, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Obmlstraße 2. 1309

Monatsversammlung

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Neuaufnahmen; 3. Verschiedenes.

Pünktlichen, pünktlichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Sehregale und Kästen

sowie Formregale, Selegregale, Waschtische, Wasen- und Gardenschränke, Sabschreiber usw. liefern in bester Ausführung ab Lager.

Reyner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112. 115

Kolationsmaschinenmesser

schärfen

Kubwig, Mordelstraße 7. 116

Maschinenband

Gründungsmitglied, Heiern

Reyner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112. 114

Milen, Pinzetten, Zurechtsehern, Geschenkart. Preisl. frel. Graph. Versandhaus Th. Leibius, Untertürkheim-Stuttgart, Poststr. 1.

Typograph

1125

Schmaschinenmeister u. Instrukteur. Paul Vartic, Düsseldorf, Pionierstr. 20.

Typographsehermaschinen, Ziegeldruckpressen, Anlegeapparate,

Erstklassige, Matrizen usw. repariert schnell und preiswert. Monteur zur Verfügung. Erhältliche Referenzen. 1147

Karl Hermann, Leipzig-Connewitz, Wiedemannstraße 27. (Tel. 35483.)

Vorzügl. ägypt. Zigaretten

MEMPHIS

pro Mille 225 Mk. Ferner Zuban, Toska zu Fabrikpreisen. Gar. prima Bisterrauchtabak Pfund 17 Mk., von 6 Pfd. ab franko. 1310

Preisliste gratis. 1310

Tabakwarengroßhandlung Donius, München, Schwantalerstraße 63.

Bei der großen Hitze trage jeder meine porzänen Hemden

mit schön gemullertem Vorbemulsh. Stück gegenwärtig (Preis allein) 1,38 Mk. ohne Porto. Bei größeren Bestellungen billiger. 1314

Walter Wagner, Altenburg (S.-A.), Gerar Straße 2.

Vert. für Damen- und Herrenleibwäsche.

Fachbücher für Seher Fachbücher f. Drucker

Mhlen, Pinzetten Tische, Federn

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8 III (Mittegeb.), Postfachkonto 53430.

Holzgeräte

Regale, Kästen usw. 1259

Ostf. Diehl, Stuttgart 9, Ludwigsstr. 96.

Schließzeuge

auch Schmalhählschne 1260

Ostf. Diehl, Stuttgart 9, Ludwigsstr. 96.

Für die Preisberechnung

und Kalkulation von Druckarbeiten empfehlt folgende Fachbücher Verlag St. Slegl, München 9. — Katalog 50 Pf.

Zu der in Booben haltgeun- denen Hochzeit eines alten Freundes und Kollegen

Paul Leder

wünscht viel Glück und Segen auf zahlreiche Nachkommenchaft. Die Kollegen der Seher der Firma Vogel & Seher, Leipzig, Markt 2, D.

Bei dem Stühchen meines lieben Schwagers, des Sehers

Johannes Krämer

in Leipzig

sind mir seitens der Firma Prig & No., Leipzig-Gib., sowie einer großen Zahl seiner Kollegen und Freunde die Ebrungen für den Bestorbenden zuteil geworden, daß ich mich verpflichtet halte, auch auf diesem Weg allen nochmals meinen herzlichsten Dank auszusprechen. 1323

1. August 1921.

Buchdruckerei W. Herrmann, Wn.-Griedenau, Menzstr. 14.

Am 28. Juli verchied nach längerer Krankheit unser lang- jähriges Druckermitglied, der Korrektorinwald

Sugo Ruoff

im 54. Lebensjahre.

Wir werden dem Bestorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Gehlgen der Union Deutsche Verlagsgeellschaft in Stuttgart.

Am 27. Juli verstarb nach nur lebenslänglicher Krankheit an Gehirnleiden unser lieber Kollege, der Seher

Bernhard Haase

im 33. Lebensjahre.

Sein stiller, ruhiger Charakter, sein hohes ethisches Wesen kehren ihm bei uns ein dauerndes Andenken.

Wetzlch. und Ortsverein Braunsberg.

Bei Arbeitsmarkt- sowie heie- neren Angelegen wollen Interessenten des Parteiparlams wegen der Ver- ägglch mit befügen; bei Beträgen unter einer Mark Briefmarken kein Stadtnotegeld. Geschäftsstelle des „Korr.“

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummer 20 Pfennig des Exemplars. Der Preis ist bei Bestellung gleich mitzubringen.

Beilage zu Nr. 89 — Leipzig, den 4. August 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Bekanntmachung

Dem am 27. Juni 1921 im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch, der im Beschlussprotokoll des Tarifausschusses vom 28. Juni d. J. zur Veröffentlichung kam, hat die Prinzipalität ihre Zustimmung versagt. Die Folge hiervon war eine neue Verhandlung der Vertreter der Tarifparteien unter Vorsitz des Herrn Regierungsrats Professor Dr. Brahn vom Reichsarbeitsministerium, die am 18. Juli in Leipzig stattfand. In dieser Verhandlung kam es über den abgelehnten Schiedspruch zu einer Verständigung und zu einem neuen Einigungsvorschlag, zu dem sich die Vertreter der Parteien bis zum 23. Juli entscheidend äußern sollten. Diesen Einigungsvorschlag hat die Gehilfenschaft abgelehnt. Auf Antrag der Gehilfenvertretung wurde am 25. Juli vor dem Reichsarbeitsministerium noch einmal verhandelt.

Das Ergebnis dieser Verhandlung ist die Fortzahlung der am 31. Juli abgelaufenen Wirtschaftsbeihilfe in der folgenden veränderten Form:

1. an Wirtschaftsbeihilfe ist zu zahlen am dritten Jahrtage der Monate August und September

a) an den Orten bis einschließlich 7%, Proz. Lokalaufschlag:

für Gruppe C Verbeiratsfe	73,50 Mk.
" " C Ledige	58,50 "
" " B Verbeiratsfe	66,—" "
" " B Ledige	58,50 "
" " A	15,— "

b) an den Orten mit mehr als 7%, bis 17%, Proz. Lokalaufschlag:

für Gruppe C Verbeiratsfe	88,— Mk.
" " C Ledige	70,— "
" " B Verbeiratsfe	79,— "
" " B Ledige	70,— "
" " A	18,— "

c) an den übrigen Orten:

für Gruppe C Verbeiratsfe	110,— Mk.
" " C Ledige	87,50 "
" " B Verbeiratsfe	98,75 "
" " B Ledige	85,— "
" " A	20,— "

Neuausgelernte Gehilfen, jugendliches Hilfspersonal und Lehrlinge erhalten an allen Orten eine monatliche Zulage von 10 Mk.

Der Hilfsarbeiter, soweit sie verbeiratet und über 21 Jahre alt oder löweli sie ledig und über 24 Jahre sind, ist ein anteilmäßiger Betrag nach den für die Entlohnung im Reichstarif festgesetzten Prozentsätzen zu zahlen. Die für die A-Klasse festgesetzten Beträge kommen für die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen nicht prozentual, sondern voll zur Auszahlung.

Seit der Verlängerung des Februarabkommens unter Vorbehalt gewährte außer tarifliche Zulagen können auf die obigen Beihilfen eingerechnet werden.

Das seit dem 3. November 1920 abgeschlossene Lohnabkommen mit seiner Erneuerung gilt nunmehr mit Einkehr der obigen Wirtschaftsbeihilfe bis zum 30. September 1921.

Bei Einstellung oder Entlassung wird die Wirtschaftsbeihilfe anteilig gezahlt, und zwar nach den geleisteten Arbeitstagen.

Die mit dem 30. Juni 1921 ablaufende Kurzarbeiterunterstützung wird aufgehoben.

2. Neue Verhandlungen sollen in der zweiten Hälfte des September im Tarifausschusse stattfinden.

Berlin, 27. Juli 1921.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Dr. Brelshaupt,
Neuvertretender Prinzipalvorsitzender.

Robert Braun,
Gehilfenvorsitzender.
Paul Schlebs, Geschäftsführer.

Für den Verkehr mit dem „Korr.“

Es zeigt sich immer wieder, daß Einzelblättele, mögen sie auch hässlicher, nicht ihren Zweck erfüllen, um alles beschleunigen zu lassen, was der Verkehr mit dem Verbandsorgan bedingt; mag es sich nun um Monatsheft, Verbandsorgan, Verhandlungsberichte, Inserate oder sonst etwas handeln. Wir bringen deshalb nachstehend eine Zusammenfassung der Erfordernisse für jeden Einzelfall und bitten nunmehr um bessere Beachtung.

Der „Korr.“ vertritt alle Organisationsbestrebungen wie die Interessen der Gehilfenschaft und der Gewerkschaften im allgemeinen in der Öffentlichkeit nach Maßgabe des in den Satzungen niedergelegten Verbandsprogramms. Er betreibt also Arbeiterpolitik in weitestem Sinne, inhaltlich aber die Parteipolitik dabei aus, weil alle Berufsangelegenheiten unbeschadet ihrer Partei- oder Konfessionszugehörigkeit Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker sein sollen. Die Redaktion ist deshalb berechtigt, alles das von der Aufnahme auszuschließen, was außerhalb von diesem Grundsatze abweicht.

Soll der „Korr.“ seiner Aufgabe, die Kollegen über alles schnellstens zu unterrichten, in welchem Maße gerecht informiert werden, die nicht rein organisatorischer Natur sind. Zu dieser Berichterstattung über gewerbliche oder wichtige gewerkschaftliche Vorgänge, die gegebenenfalls

auch in der Form von Zeitungsüberlegungen stattfinden kann, müßte in jedem Vorstand ein Mitglied ständig beauftragt sein. Um Überlastungen zu vermeiden, sollten der Vorstehende oder der Kassierer nicht dazu bestellt werden.

Wer Artikel im Verbandsorgan veröffentlichen will, hat dabei vor allem zu prüfen, ob die Allgemeinheit der Leser daran Interesse nehmen kann. Dann ist alles unter dem Gesichtspunkte strengster Wahrheit und größter Sachlichkeit gegen andere Meinungen zu behandeln und nicht zuletzt in möglichst kurzer Sprache zu sagen. Die Redaktion ist bereit, Einwendungen, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, zurückzusenden. Abweichungen können auch erfolgen, wenn eine Materie zu einem gegebenen Zeitpunkt schon genügend erörtert worden ist, oder wenn sie aus anderen Gründen jeweils nicht auf die Tagesordnung der öffentlichen Diskussion gestellt werden kann. Druckerelverhältnisse sollen nicht in Artikeln behandelt werden; sie sind öffentlich zu besprechen, können gegebenenfalls auch in Verhandlungsberichten Erwähnung finden. Ein jeder, der den „Korr.“ als Tribüne benutzen will, hat zu berücksichtigen, daß außer ihm noch sehr viele das gleiche Verlangen tragen und dasselbe Recht haben. Manuskripte sind immer mit Tinte und einseitig zu beschreiben. Vorentscheid muß für jeden Buchdrucker selbstverständlich sein; so kann bei Namen und Nummern gar nicht weit genug beachtet werden. Jeder Einsender hat auf der ersten Seite

keines Manuskriptes Namen und Adresse genau anzugeben, damit die Redaktion erforderlichenfalls Bezugnahme bei ihm vornehmen kann. Wer der Redaktion nicht persönlich oder durch schriftlichen Verkehr bekannt ist, muß einen Ausweis über seine Mitgliedschaft beifügen; als solcher kann schon die Abstempelung des Briefumschlages mit dem örtlichen Vereinsstempel angesehen werden. Für richtige Frankierung ist immer Sorge zu tragen. Vorsicht für eventuelle Rücksendung beizulegen, ist unpraktisch, da ja in den meisten Fällen Aufnahme erfolgt und daher die Übermittlung des Rückpostens den gesandten Betrag in Anspruch nehmen würde.

Für Verbandsorganisationsberichte ist im besondern zu beachten, daß sie vor der Abendung dem Vorstehenden zur Prüfung vorgelegt werden müssen. Dieser hat die Genehmigung durch einen Vermerk auszusprechen. Die Schriftführer haben sich immer vor Augen zu halten, daß ein Verbandsorganisationsbericht kein Protokoll ist. Es macht sich hier noch viel mehr notwendig, daß nur über solche Dinge berichtet wird, die einen größeren Kreislagenkreis im Reich interessieren. Alles muß kurz und bündig gesagt werden. Wenn vielleicht ein Redner bemerkenswerte Ausführungen macht oder sich in besonderer Weise kritisch ergibt, dann muß das im Bericht auch als Einzelmeldung zum Ausdruck kommen. Durch Verallgemeinerungen entstehen manchmal ganz falsche Bilder, was dann zu unliebsamen Auseinandersetzungen führen könnte. Persönliche Auseinandersetzungen haben in dem Verbandsorganisationsbericht auszuschließen; Druckerelverhältnisse sind nur dann kritisch zu erwähnen, wenn andere Wege zur Abstellung von Mibständen nicht mehr gangbar sind. Berichte über Verhandlungen müssen spätestens innerhalb acht Tagen in Händen der Redaktion sein. Da sie nach der Reihenfolge des Eingangs Aufnahme finden, können schon aus dem Veröffentlichungsstermin Schlüsse auf die Wichtigkeit des Schriftführers gezogen werden. Kleine Mitteilungen sollen sich noch mehr auf Vierteljahrsberichte beschränken. Halbjahrsberichte sind unzulässig, weil sie sich über einen zu großen Zeitraum erstrecken und dadurch auch meistens zu lang werden. Jahresberichte werden nicht aufgenommen, für sie ist allein der Gaujahresbericht der gewiesene Ort. Die Schriftführer können nicht dringend genug gebeten werden, von allen Formalitäten bei der Fassung ihrer Berichte abzuleben. Andernfalls haben sie von vornherein mit Streichungen zu rechnen. Für längere Resolutionen genügt sinngemäße Wiedererzählung. Se interessanter und gedrängter die Verbandsorganisationsberichte gestaltet werden, um so eher werden sie gelesen!

Bei der Rundschau kommt hauptsächlich die vorausgehende erbetene Unterstützung durch einen Beauftragten der örtlichen Vorstände in Betracht. Der vielseitige Charakter dieser Rundschau zeigt schon an, daß eine bestimmte Begrenzung hierfür kaum gegeben werden kann.

Über den Briefkasten beliebt vielfach falsche Auffassung. Er dient eigentlich nur dem vereinfachten und verbilligten Verkehr zwischen der Redaktion, der Expedition und den Einsendern für alle Rubriken (einschließlich Inseraten). Offene oder Streitfragen organisatorischer und tariflicher Natur können unter keinen Umständen von der Redaktion Beantwortung finden; sie sind lediglich an die zuständigen Funktionäre zu richten.

Für die unter Verbandsnachrichten gebrenden Sachen kann nicht genug den Lesern Schreiben und genaue Beachtung des Einwendungsschlusses für jede Nummer empfohlen werden.

Das gleiche trifft auch zu auf die Anzeigen. Kleine Aufträge werden am besten mittels Einschaltungen auf das Postfachkonto Leipzig Nr. 61328, „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“, aufgegeben. Vereine erhalten jedoch vierteljährlich Rechnung. Auf jeden Fall ist die Einzahlung von Stadtmogelgeld unzulässig.

Der Bezugspreis ist 1,50 Mk. vierteljährlich und 50 Pf. monatlich. Es ist nur Postabonnement zulässig, das bei größeren Bestellungen (über 100 Exemplare) bereits um Monatsmitte erneuert werden muß. Für die Zustellung des „Korr.“ in die Wohnung oder Druckerei wird eine Gebühr von der Post nicht mehr erhoben.

Der Anzeigenpreis beträgt 50 Pf. für die fünfgepaltene Nonpareilzeile, wenn Buchdruckerangelegenheiten bekanntgegeben werden sollen; bei An- und Verkäufen sowie Reklamen jedoch 1,50 Mk. ohne jeden Rabatt.

Sachfertigkeit erfolgt jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabendmorgens. Die Drucklegung früh am anderen Tage (bzw. Montag), die Auslieferung bei der Zeitungspost von morgens 10 bis nachmittags 1 Uhr.

Reklamationen sind nur bei dem Postamt geltend zu machen, bei dem der „Korr.“ bestellt worden ist. Nur wenn gar keine Mibhilfe drücklich zu erreichen ist, wende man sich unter genauer Vorweisung des Sachverhalts (vor allen Dingen, an welchem Tag abonniert wurde) an die Expedition des „Korr.“, von wo aus dann Beschwerde beim Zeitungspostamt in Leipzig eingereicht werden wird.

Eilige Einwendungen sind immer lo aufzugeben, daß sie an den Abchlusslogen morgens oder spätestens mit der zweiten Post in Leipzig ausgetragen werden.

